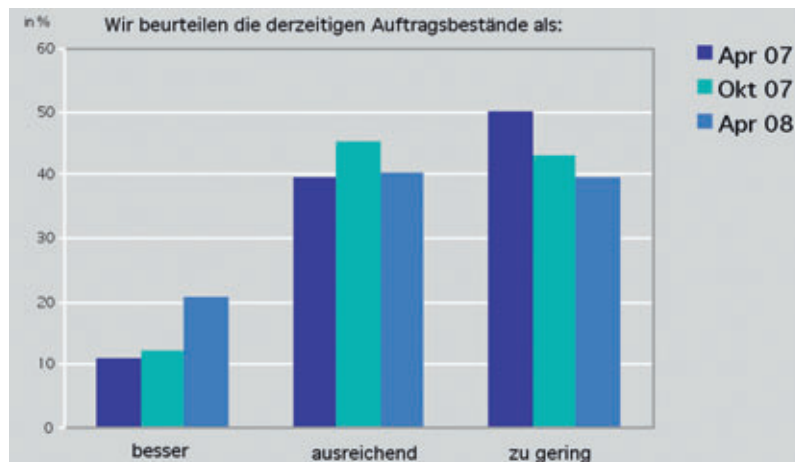


Thema des Monats

Leichte Eintrübung bei den Geschäftsaussichten Ergebnis der Frühjahrsumfrage zur Baukonjunktur

(brb).-Die Auswertung der traditionellen Frühjahrsumfrage des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen zeigt eine leichte Eintrübung bei der Beurteilung der Geschäftsaussichten gegenüber der Frühjahrsumfrage des Jahres 2007. Der Anteil der Optimisten liegt mit knapp zwölf Prozent um sieben Prozent unter dem Wert des Vorjahres, die Zahl der Pessimisten um zehn Prozent höher bei knapp einem Viertel der befragten Bauunternehmen. Wie im letzten Frühjahr gehen fast zwei Drittel der Mitgliedsunternehmen von einer unveränderten Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten aus.

Positiv zu vermerken ist, dass der Anteil der Mitgliedsunternehmen, die den derzeitigen Auftragsbestand gegenüber der Frühjahrsumfrage 2007 als besser einschätzen, sich auf nunmehr über 20 Prozent verdoppelt hat. Als ausreichend bezeichneten, wie auch im Vorjahr, etwa 40 Prozent der Unternehmen die Auftragsituation. Weiterhin stabilisiert zeigt sich die Situation im Beschäftigungsbereich. Knapp über 20 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, im Bereich der gewerblichen Arbeitnehmer in den nächsten sechs Monaten Einstellungen vornehmen zu wollen. Über zwei Drittel der befragten Unternehmen planen in diesem Zeitraum keine Veränderungen. Einen Beschäftigungsabbau bei den gewerblichen Arbeitnehmer planen nur knapp über zehn Prozent.



Fortsetzung Seite 2

Bauindustrie zum Eigenheimrentengesetz

(brb).-Die Deutsche Bauindustrie begrüßt den Gesetzentwurf zum Eigenheimrentengesetz. Dieser erscheine grundsätzlich geeignet, die Diskriminierung des Wohneigentums gegenüber anderen Formen der privaten Altersvorsorge zu beseitigen.

Um die Praxistauglichkeit des Gesetzes noch zu steigern, besteht aus Sicht der Bauindustrie allerdings folgender Korrekturbedarf:

Die Höhe des Abschlags von 30 Prozent bei Wahl der Einmalzahlung der Steuerschuld sollte deutlich erhöht werden, um neben der vorgesehenen Abzinsung auch der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifes bei der Einmalbesteuerung gerecht zu werden.

Die vorgesehene Strafsteuer in Höhe des 2-fachen individuellen Steuersatzes für die Veräußerung des Wohneigentums während der ersten 10 Jahre der Sparphase wird als nicht sachgerecht angesehen und kann im Einzelfall zu unbilligen Härten führen.

Überblick

1 Thema des Monats:

Leichte Eintrübung bei den Geschäftsaussichten
Ergebnis der Frühjahrsumfrage zur Baukonjunktur

[Bauindustrie zum Eigenheimrentengesetz](#)

2 Kommentar:

[Alarmzeichen](#)

[Ifo-Bau-Prognose](#)

[Kurz notiert](#)

[Bauindustriepäsident wiedergewählt](#)

3 Forum Nord:

[Interview](#)

mit Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

4 Trends und Märkte:

[Aus dem Landtag](#)

[Impressum](#)



Kommentar:

Alarmzeichen

(brb).-Die Frühjahrsumfrage hat es an den Tag gebracht. Noch vor dem Sommer ist in der Bauwirtschaft mancher Blütenraum zerstoßen. Jedes dritte Unternehmen schätzt mittlerweile die künftigen Geschäftsaussichten nicht allzu günstig ein. Vor zwölf Monaten war noch mehr Optimismus in der Branche zu spüren und weniger Pessimismus.

Immerhin, so lässt sich sagen, ist die Mehrzahl der Unternehmen im Großen und Ganzen wohl nicht unzufrieden. Anders als vor einem Jahr bezeichnet derzeit jedes fünfte Unternehmen den Auftragsbestand als besser, zwei von fünf Unternehmen nennen die Auftragslage immerhin ausreichend, und zwei Drittel erwarten in den nächsten sechs Monaten keine Änderung der geschäftlichen Situation.

Aber Alarmzeichen lassen sich wieder nicht übersehen. Die Unternehmen klagen unisono und zu Recht über die weiterhin unauskömmlichen Preise, die am Baumarkt zu erzielen sind. Die schlechte Zahlungsmoral der Auftraggeber, wohl auch mancher öffentlicher Bauherren, macht der Bauwirtschaft ebenso zu schaffen wie illegale Beschäftigung zu Dumpinglöhnen. Und die ständige Sorge über den Rückgang der Baunachfrage ist ohnehin allgegenwärtig.

Die Politik sollte auf diese recht deutlichen Warnsignale achten und etwas tun, bevor es wieder mal zu spät ist. Warum beispielsweise nimmt sich die niedersächsische Landesregierung nicht Schleswig-Holstein zum Vorbild, das neuerdings auf gesetzlichem Weg die Kommunen geradezu ermuntert, bei ihren Bauvorhaben die bereits vielfach bewährten PPP-Möglichkeiten stärker zu nutzen? Die Regierung Wulff kann vieles anstoßen, auf den Weg bringen und verwirklichen. Sie sollte die fünf Jahre, die sie vor sich hat, nicht verträdeln.

Ifo-Bau-Prognose

(brb).-Nach einer Prognose des ifo-Instituts wird die Baunachfrage im Verlauf der nächsten zehn Jahre um durchschnittlich 0,7 Prozent pro Jahr zulegen. 2017 werde das Bauvolumen demnach gut 256 Milliarden Euro (in Preisen von 2000) betragen. Dabei werde laut ifo-Institut der Wohnungsbau, vor allem aufgrund weiterhin hoher Modernisierungsmaßnahmen, sogar kräftiger steigen als die beiden anderen Bausparten, Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau.

Die Wohnungsversorgung in Deutschland kann, so das Wirtschaftsforschungsinstitut, insgesamt als gut bis sehr gut eingestuft

werden. Obwohl starke regionale und einkommensspezifische Unterschiede in der Wohnungsversorgung existieren, können die Wohnungsmärkte als weitgehend ausgeglichen angesehen werden. 2007 war der Wohnungsneubau rückläufig. Gemessen an der Zahl der Wohnungsfertigstellungen werde nach Schätzungen des Ifo-Instituts 2008 jedoch noch schwächer verlaufen, da die Zahl der Genehmigungen im vorigen Jahr merklich unter das Niveau des Jahres 2006 sank: 2007 wurde nur noch der Bau von rund 157 000 Wohnungen genehmigt – nach rund 216 000 Einheiten ein Jahr zuvor. Dies entspricht einem Rückgang von gut 27 Prozent.

Fortsetzung Seite 1

Das größte Problem sehen die Bauunternehmen weiterhin im nach wie vor unauskömmlichen Preisniveau am Baumarkt. Es folgen die schlechte

Zahlungsmoral der Auftraggeber und der Rückgang der Baunachfrage sowie die illegale Beschäftigung und Lohndumping.

Kurz notiert

(brb).-Im Februar 2008 stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 6,7 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) stiegen um 78,4 Prozent an. Dagegen sanken die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 21,0 Prozent.

In den neuen Bundesländern erhöhte sich die Zahl der genehmigten Wohnungen im Februar 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 42,8 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) erhöhten sich um 77,3 Prozent und die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 46,3 Prozent.

(brb).-Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat Zahlen der Bildungsabbrecher für 2006 veröffentlicht. Danach haben im Bauwesen 30 Prozent des Studienjahrgangs das Universitätsstudium im Jahr 2006 ohne Abschluss beendet (Durchschnitt über alle Fächer: 20 Prozent). Angaben zu Fachhochschulen liegen nicht vor.

Bauindustriepräsident wiedergewählt

Bauass. Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, Geschäftsführer der Firma Hastrabau-Wegener GmbH & Co. KG, Langenhagen, wurde anlässlich der Ordentlichen Mitgliederversammlung am 5. Juni 2008 in Hannover für eine weitere Amtszeit von vier Jahren zum Präsidenten des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen gewählt.



Forum Nord



Ministerpräsident Wulff: Handlungssicherheit für die Bauwirtschaft

(brb).-Im Gespräch mit Christian Wulff,
Ministerpräsident des Landes
Niedersachsen

Baurundblick: Was werden Sie in Ihrer zweiten Legislaturperiode für die mittelständische einheimische Bauwirtschaft tun?

Christian Wulff:

Die Landesregierung wird ihre Mittelstandsoffensive „Mittelstand im Mittelpunkt“ fortsetzen. Die Unternehmen sollen den konjunkturellen Schwung mit in die nächsten Jahre nehmen können. Die Mittelstandsförderung führt zahlreiche erfolgreiche Instrumente fort, wie z.B. die Innovationsförderung im Handwerk, individuelle Weiterbildung (IWiN) oder Design- und Marketingberatung. Hiervon kann auch die Bauwirtschaft profitieren.

Zwei neue Projekte möchte ich hervorheben, die mittelständische Unternehmen bei der Internationalisierung unterstützen: Zum einen die Informationsplattform „Norddeutsches Handwerk International“, bei der sich die Handwerkskammern Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zusammengeschlossen haben, um Handwerksunternehmen bei ihrem Auslandsengagement zu begleiten. Zum anderen das Pilotprojekt der Landesvereinigung Bauwirtschaft „Internationalisierung des niedersächsischen Mittelstandes am Beispiel Finnlands“, das niedersächsische Bau- und Ausbaubetriebe bei Projekt- abwicklungen in Finnland unterstützt.

Baurundblick: Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung auf die Bedeutung einer leistungsfähigen Infrastruktur für Niedersachsen als national bedeutender Logistikstandort hingewiesen. Mit der Stärkung der niedersächsischen Küsten als Tor zur Welt ist mit dem Bau des Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven begonnen worden. Der Transport der Container zu und von den Häfen wird zukünftig immer stärker über die Schiene erfolgen müssen. Der Bau des dritten Gleises Lüneburg-Stelle, die durchgehende Zweigleisigkeit und

Elektrifizierung der Strecke Wilhelmshaven-Oldenburg und die Y-Trasse sollen dazu beitragen, den steigenden Güterverkehr zu bewältigen.

Wie will die neue Landesregierung sicherstellen, dass der Bund die erforderlichen Mittel für den Ausbau zeitnah zur Verfügung stellt und die Leistungsfähigkeit der Trasse für den Verkehr vom Hamburger Hafen, von Bremerhaven und Wilhelms-



haven sichergestellt wird?

Christian Wulff:

Zunächst muss man festhalten: Das Land ist für den Ausbau der Bundesschienenwege nicht originär zuständig. Doch zusammen mit den anderen norddeutschen Ländern werben wir beim Bund und der DB AG für den weiteren Ausbau des norddeutschen Schienennetzes. Ein Ergebnis unserer Bemühungen ist beispielsweise, dass der Bund inzwischen erste Investitionsmittel für die Y-Trasse mittelfristig in seine Investitionsplanung eingestellt hat; des Weiteren hat er kürzlich zugesagt, auch Planungskosten vorzufinanzieren. Das sind ermutigende Signale die zeigen, dass die Dringlichkeit dieses Projektes allgemein anerkannt ist. Beim dreigleisigen Ausbau Stelle – Lüneburg finanziert das Land sogar einen Teil der Planungskosten vor; sonst wäre das Planfeststellungsverfahren noch nicht so weit gediehen, wie es jetzt der Fall ist.

Baurundblick: Am 3. April 2008 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Tariftreuregelung des Niedersächsischen Vergabegesetzes nicht vereinbar mit der EU-Entsenderichtlinie, ausgelegt im Sinne der Dienstleistungsfreiheit des EU-Vertrages, ist. Damit ist eine im praktischen Vollzug nicht ganz einfach zu handhabende, aber schon allein aufgrund ihrer Signalwirkung wichtige Regelung gegen Lohndumping und illegale Beschäftigung im Baubereich entfallen.

Werden Sie sich als Ministerpräsident dafür einsetzen, dass es zu einer europä-

rechtskonformen Nachfolgeregelung und dem Erhalt der nicht beanstandeten Teile des Niedersächsischen Vergabegesetzes kommt?

Christian Wulff: Nach dem Urteil des EuGH vom 3. April 2008 ist die Kernvorschrift des Landesvergabegesetzes – die Tariftreuregelung des § 3 – in der zurzeit geltenden Fassung mit europäischem Recht unvereinbar. Eine Bindung an das in Niedersachsen ortsübliche, tariflich vereinbarte Lohnniveau in der Baubranche kann damit nicht zwingend von den Bietern gefordert werden.

Wir benötigen hier klare Rechtsverhältnisse. Die Regierungsfractionen und die Landesregierung prüfen derzeit intensiv, welche Konsequenzen sich im Einzelnen aus der Gerichtsentscheidung ergeben. Insbesondere gehen wir hierbei auch der Frage nach, ob und ggf. wie eine europarechtskonforme Ausgestaltung der Tariftreuebindung erreicht und ob das zunächst bis zum 31. Dezember 2008 befristete Landesvergabegesetz in modifizierter Form fortgeführt werden soll.

Die übrigen Vorschriften des Gesetzes wie die allgemeine Bindung der öffentlichen Hand, der Nachunternehmensersatz oder die Wertung unangemessen niedriger Angebote – sind von der Entscheidung des EuGH nicht tangiert. Nach meiner Auffassung müssen sie zur Regelung eines ordnungsgemäßen öffentlichen Vergabeverfahrens auch weiterhin Bestand haben und so der Bauwirtschaft eine Handlungssicherheit bieten.

Unser Ziel ist es auch, alle niedersächsischen Kommunen unterhalb der europarechtlichen Schwellenwerte an das Vergaberecht zu binden. Durch die von uns angestrebte Bindung an die VOB und VOL wird die Bedeutung von öffentlichen Vergabeverfahren insgesamt gestärkt.

Baurundblick: In Niedersachsen bestehen zwar eine ganze Reihe von PPP-Projekten im Bereich des kommunalen Hochbaus, jedoch könnte die Zahl noch erheblich höher liegen. Zum Zwecke der Intensivierung des PPP-Ansatzes hat Schleswig-

Fortsetzung Seite 4



Trends und Märkte

Aus dem Landtag:

Debatte am 9. April 2008 im Niedersächsischen Landtag zur Zukunft des Landesvergabegesetzes anlässlich der 1. Beratung eines Antrages der Fraktion die Linke „Einführung eines Mindestlohns in das Landesvergabegesetz“

Ronald Schminke (SPD)

Die Verbände fürchten eine Deregulierung zu Recht, und sie fürchten Wettbewerbsnachteile gegenüber der Billiglohnkonkurrenz. Es geht dabei um sehr viele Arbeitsplätze, und es geht um Firmenexistenzen. Heimische Unternehmen sind an die Tariflöhne gebunden, während die Billigkonkurrenz den Markt systematisch mit Dumpingangeboten abgrast. Handwerksmeister, Kreishandwerkerschaften und Gewerkschaften zeigen deshalb in diesen Fragen auch Einigkeit. Darum sollten wir dies zum Anlass nehmen, meine Damen und Herren, jetzt im zuständigen Ausschuss die Verbände zur Sache anhören. Die SPD-Fraktion wird sich jedenfalls dafür einsetzen.

Gabriela König (FDP)

Ein Vergaberecht muss hingegen folgende Bedingungen erfüllen – jetzt hören Sie genau zu –: Gewährleistung eines freien, funktionierenden Wettbewerbs unter der Beachtung von Grundsätzen der Transparenz, der Gleichbehandlung und der Antidiskriminierung, Stärkung der mittelstandsgeprägten Wirtschaftsstruktur – das gelingt beispielsweise durch die Splittung großer Aufträge auf mehrere Lose, die dann einzeln vergeben werden können –,

(Zustimmung von Dr. Philipp Rösler [FDP])

Sicherung der prinzipiellen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte; diese geben schließlich Steuermittel

aus, die vernünftig eingesetzt werden müssen.

Ernst-August Hoppenbrock (CDU)

Es gilt nun, genau zu prüfen, wie wir die heimische Bauwirtschaft zukünftig vor Verwerfungen schützen können.

Meine Damen und Herren, Voraussetzung für die nächsten Schritte ist eine qualifizierte Bewertung und Prüfung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs. Das ist bis heute nicht erfolgt. Erst danach werden wir entscheiden, wie ein angepasstes Vergabegesetz aussehen könnte oder ob ein Vergabegesetz in der jetzigen Form überhaupt noch sinnvoll ist. Für das Baugewerbe gibt es übrigens – das wurde gesagt – seit mehr als zehn Jahren bundesweit einen gültigen Tarifvertrag, den Mindestlohn. Der gilt für Arbeitgeber mit Sitz in Deutschland genauso wie für Arbeitgeber mit Sitz im Ausland. Wir werden uns auch die Zeit nehmen, mit den betroffenen Verbänden zu reden und – wo möglich und noch nicht geschehen – deren Interessen zu berücksichtigen.

Enno Hagenah (GRÜNE)

Das EuGH fordert nicht, dass wir künftig kein Vergabegesetz mehr haben. Ich empfehle, das Urteil durchzulesen. Laut Urteil ist einzig und allein nicht vereinbar, dass man örtliche Tarifverträge in das Vergabegesetz mit hineingenommen hat. Das kann man leicht ändern. Wir haben im Baubereich einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag nach Entsendegesetz. Das müsste man im niedersächsischen Vergabegesetz entsprechend nachbessern. Dann wäre das Gesetz nach dem EuGH-Urteil anwendbar und mit seinen Sanktionen gültig.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wir als Wirtschaftsministerium werden

jetzt zusammen mit Finanz- und Innenministerium sorgfältig prüfen, wie mit den europarechtskonformen Regelungen des Landesvergabegesetzes zu verfahren ist. Damit meine ich z. B. die Regelungen zur Wertung unangemessen niedriger Angebote oder zu durch die Bieter beizubringende Unterlagen. Aus meiner Sicht bietet sich an, die nicht beanstandeten Regelungen zusammenzufassen und in andere geeignete Vorschriften aufzunehmen.

Dr. Manfred Sohn (LINKE)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hirche, ich will nur zu zwei Punkten etwas sagen.

Der erste Punkt betrifft den eiligen Gehorsam gegenüber dem EuGH-Urteil. Es ist mir klar, dass Sie nicht auf die Linke hören. Das muss auch gar nicht sein. Aber dann wäre es vielleicht sinnvoll, zumindest auf den Bauindustrieverband zu hören, der laut Rundblick vom 8. April

„die EuGH-Entscheidung mit Befremden zur Kenntnis genommen und darauf verwiesen (hat), dass das Bundesverfassungsgericht noch im Jahre 2006 eine der niedersächsischen Regelung entsprechende Tarifreue-Bestimmung des Berliner Vergabegesetzes ausdrücklich als mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt habe“.

Er hat dann – das ist der entscheidende Punkt –

„vor vorschnellen Konsequenzen gewarnt... – vor allem im Hinblick auf eine ‚aus Kreisen der Landesregierung‘ geforderte Abschaffung des Landesvergabegesetzes. Zunächst solle gründlich geprüft werden, welche Auswirkungen die EuGH-Entscheidung überhaupt habe“.

Das Gleiche hat auch der Niedersächsische Handwerkstag getan. Wenn Sie nicht auf uns hören, hören Sie doch wenigstens auf die Bauindustriellen und den Handwerkstag!

Fortsetzung Seite 3

Holstein ein PPP-Erleichterungsgesetz beschlossen, das u. a. die Vorgabe an die Kommunen enthält, bei Neuprojekten immer auch zu prüfen, ob eine PPP-Lösung möglicherweise wirtschaftlicher ist. Würde sich aus Ihrer Sicht ein solches Gesetz auch für Niedersachsen anbieten?

Christian Wulff: In Niedersachsen gibt es derzeit eine ganze Reihe von PPP-Projekten und den Vergleich zu anderen Bundesländern brauchen wir nicht zu scheuen. Es gibt mehr als 20 echte PPP-Projekte – vor allem Schul-, Sport- und Bäderprojekte, auch zwei Straßenprojekte sind in Planung oder bereits erfolgreich umgesetzt. Auch die Umsetzung des Modellvorhabens „Öffentlich-Private Partnerschaft ÖPP – JVA

Bremervörde“ – ist ein bedeutendes Landesprojekt.

Das zeigt, dass sich auf dem PPP-Markt in Niedersachsen derzeit viel bewegt und wir von einer konstanten Zunahme der Projekte in Niedersachsen sprechen können. Ich sehe diese Entwicklung unter anderem als Ergebnis unserer Aktivitäten im PPP-Kompetenznetzwerk Niedersachsen. Wir werden uns künftig auch auf Bundesebene noch intensiver einsetzen, um die Rahmenbedingungen noch mittelstandsfreundlicher auszugestalten.

Eine neue gesetzliche Regelung wie in Schleswig-Holstein halte ich nicht für notwendig und im Hinblick auf unsere Anstrengungen, Bürokratie abzubauen,

auch nicht für sinnvoll. Das Land hat eine Empfehlung – keine Verpflichtung – ausgesprochen, bei größeren und komplexeren Vorhaben eine Umsetzung mit PPP zu prüfen. Unsere Kommunen beschreiten schon jetzt diesen Weg und stehen einer PPP-Umsetzung generell sehr offen gegenüber.

Nichts ist für die Wiederholung von PPP-Projekten überzeugender als ein erfolgreiches, gelungenes PPP-Vorbild, aus dem Synergieeffekte genutzt werden können.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höljte GmbH Escherstraße 22, 30159 Hannover Telefon (05 11) 70 08 60 Telefax (05 11) 7 00 86 86 ISDN (05 11) 7 00 86 71	Sparkasse Hannover Konto 547 646, BLZ 250 501 80 Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler
Norddeutsche Landesbank Girozentrale Konto 101020 964, BLZ 250 500 00	Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.